TOP 6

1. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2021 auf Erstellung eines Gutachtens zur Bewertung des Baumbestandes im maßgeblichen Streckenabschnitt entlang der B 474 (Bereich zwischen den Straßen „Am Holtkebach“ und „Handwerkerstraße“) nach der Koch-Methode wird nicht entsprochen.

Der Antrag wird abgelehnt.

2. Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2021 auf Ausschreibung oder Beauftragung eines Fachbüros für die Erstellung einer alternativen Planung entgegen dem vorliegenden und mit gültigem Ratsbeschluss vom 29.04.2021 voranzutreibenden Planungsvorschlag von Straßen. NRW (Variante I mit Entfernung des Baumbestandes) wird nicht entsprochen. Der Antrag wird abgelehnt.

3. Sofern der Kreis Coesfeld dem von Straßen-NRW gestellten Befreiungsantrag auf Entfernung des Baumbestandes im maßgeblichen Streckenabschnitt entlang der B 474 (Bereich zwischen den Straßen „Am Holtkebach“ und „Handwerkerstraße“) zustimmt, erteilt der Rat der Durchführung der Maßnahme nach der in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 21.04.2021 sowie in der Einwohnerversammlung am 30.06.2021 vorgestellten Variante I die Zustimmung.

4. Die auf die Gemeinde Rosendahl entfallenden anteiligen Kosten für die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt der B 474 im vorgenannten Streckenabschnitt (Bürgersteig/Radweg) werden, soweit sie KAG-beitragspflichtig sind, nach den maßgeblichen Abrechnungsmaßstäben auf die KAG-Beitragspflichtigen umgelegt.

5. Im Zuge der Neugestaltung der Ortsdurchfahrt der B 474 im vorgenannten Streckenabschnitt sollen verwaltungsseitig rechtzeitig mit den Versorgungsträgern weitere Gespräche aufgenommen werden, um die ggf. erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Leitungsnetze gleichzeitig mit erledigen zu können.

Sachverhalt:

Auf die Sitzungsvorlage X/097 wird verwiesen.

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Ortsdurchfahrt der B 474 im Ortsteil Holtwick hat der Landesbetrieb Straßen. NRW im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 21.04.2021 vier mögliche Planungsvarianten vorgestellt und dabei Vor- und Nachteile für jede Variante aufgezeigt.

Im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung am 29.04.2021 hat der Gemeinderat anschließend folgenden Beschluss gefasst.

Eine Beratung und Entscheidung in Nichtöffentlich wegen öffentlichem Interesse und KAG ist nicht zulässig. Wir wurden in unserer Fraktionsarbeit behindert, weil wir z.B.zur Verschwiegenheit verpflichtet sind etc.

Es gab keine Begründung die eine nichtöffentliche Beratung stützt!

Bürgermeister hätte Beschluss beanstanden müssen!

Fehler der Ratsmitglieder, damit auch mein Fehler, nicht die nichtöffentliche Beratung abzulehnen und eine öffentliche Beratung zu beantragen.

1. Die von Straßen. NRW ausgearbeiteten und in der Sitzung vorgestellten Varianten werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Die konkrete Umsetzung des Vorhabens soll anhand der Variante I erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Ich habe mit Nein gestimmt!

3. Sobald es die pandemische Lage zulässt, sollen die Anlieger und jeweiligen Grundstückseigentümer im Bereich der Ortsdurchfahrt zwischen den Knotenpunkten „Am Holtkebach“ (L 571) und „Handwerkerstraße /Markenwaldstraße“ im Rahmen einer Präsenzveranstaltung über das Vorhaben informiert werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Die Variante I aus dem vg. Beschluss sieht bereits vor, dass alle bestehenden Bäume im Bereich des kombinierten Geh- und Radweges im maßgeblichen Streckenabschnitt zwischen den Straßen „Am Holtkebach“ und „Handwerkerstraße“ an der B 474 gefällt werden sollen. Bereits Ende April stand also fest, dass mehrheitlich ein Beschluss verabschiedet wurde, voraussichtlich die Bäume zu entfernen.

Aus vorgenannten Gründen unzutreffend!

Die Variante I betrachtet auch die Grünstruktur entlang der B 474 und sieht zudem eine Neuanpflanzung von etwa 10 neuen Bäumen im maßgeblichen Streckenabschnitt vor.

Ratsmitglied Weber hatte im Zuge der Diskussion in der Ratssitzung am 29.04.2021 beantragt, den Beschlusswortlaut zu Punkt 2 in „....anhand der Variante 1 wird empfohlen“

(statt „zu erfolgen“) zu ändern. Er hätte wahrscheinlich diesem auch zugestimmt (sonst hätte er den Antrag nicht gestellt), also eine Empfehlung mitgetragen, die eine Fällung der Bäume vorsieht.

Ja, dem Beschlussvorschlag hätte ich zugestimmt.

Es ist aber unbestreitbar etwas völlig anderes, wenn wir mit einer Empfehlung in eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung gehen oder schon vorab eine einseitige Entscheidung getroffen haben!!!

Daher überrascht nunmehr sein seit Wochen andauernder vehementer Einsatz für den uneingeschränkten Erhalt der Bäume an der B 474

Es geht mir/uns nicht um den uneingeschränkten Erhalt der Bäume an der B 474 – unser Antrag ist hier eindeutig, kann so nicht interpretiert werden – das ist durchschaubare Meinungsmache!

Der vehemente Einsatz gilt einer sauberen Entscheidungsfindung aus einer Abwägung von Möglichkeiten!

Abgesehen davon, dass die Vorgehensweise nicht rechtens war – wie sollen die Bürger noch daran glauben, dass wir sie ernst nehmen?

Ausbaupläne sind am 30.06.2021 in einer in der Osterwicker Zweifachsporthalle durchgeführten Einwohnerversammlung, an der neben den Anliegern der B 474 alle weiteren Interessierten teilnehmen konnten, durch die Verwaltung und Straßen. NRW vorgestellt worden.

Die Präsentation war einseitig und mangelhaft! Diese Einschätzung stützt sich nicht nur auf den verschwiegenen Alleeschutz!

Die dort eingesetzten Präsentationsfolien sind dieser Sitzungsvorlage als Anlage I und II beigelegt.

Anlieger und Bürger kennen nicht die geänderte Präsentation von Straßen. NRW vom 23.09.

Von den anwesenden Anliegern gab es breite Zustimmung für die Ausbauvariante I. So dokumentierten sie ihre Einschätzung gegen Ende der Veranstaltung mit Applaus für die an diesem Abend vortragenden Akteure von Straßen. NRW und von der Verwaltung.

Anstandsapplaus gibt es nach jeder Präsentation – dass die Anlieger mehrheitlich die Entfernung der Bäume wollen, war bekannt.

Anlieger haben in der Veranstaltung aber auch ausgesagt, dass sie nicht grundsätzlich gegen die Bäume sind- ein sicherer Rad und Fußweg ist die eigentliche Forderung.

Fehlende Querungshilfen wurden deutlich angesprochen, Waldweg/Nordstraße , Waldweg /Prozessionsweg.

Wo ist das Protokoll der Versammlung?

Die Frage ist also, wie sich die Anlieger positionieren würden, wenn es eine Planung für einen sicheren Fuß- und Radweg gäbe, bei der die Bäume oder ein Teil der Bäume stehen bleiben könnten.

Bürger und Anwohner /Eigentümer konnten mit einer solchen Präsentation nicht alle Facetten der Planung erfassen und bedenken – genauso wie der Bauausschuss und Rat davor. Alleine auch der zeitlichen Rahmen der Veranstaltung ließ das nicht zu.

Aufgrund der vorstehenden Beschlusslage wurde mit Straßen. NRW der weitere Verfahrensablauf abgestimmt.

a) Berücksichtigung des Baumbestandes in der Straßenplanung

Straßen. NRW hatte bereits zu Beginn der Planung Kontakt zur Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Coesfeld aufgenommen. Tatsächlich wurde das Thema der vorhandenen Baumstruktur nur allgemein angesprochen und keine konkrete Planung ausgetauscht. Daher hatte weder Straßen.NRW noch die Verwaltung Ende Juni 2021 Kenntnis davon, dass der Baumbestand im oben beschriebenen Streckenabschnitt der B 474 über das sog. Alleenkataster NRW geschützt ist und nicht vorbehaltlos entfernt werden darf.

Wenn an einer Ortsdurchgangsstraße beidseitig Bäume in regelmäßigen Abstand stehen, könnte man auch als Laie auf die Idee kommen, dass man hier von einer Allee spricht – als Fachbehörde muss man es!

Eine Fachbehörde muss 2021 wissen, dass es einen gesetzlichen Alleeschutz gibt, allemal, weil das Gesetz schon 2007 verabschiedet wurde. Die Schuld jetzt auf den Kreis schieben zu wollen ist skandalös! – mit „schlampige Arbeit“ ist die Präsentation noch zurückhaltend bewertet.

Ein Ausschnitt des Alleenkatasters ist als Anlage III beigefügt.

Ob die Ratsentscheidung am 29.04.2021 bei entsprechender Kenntnis anders getroffen worden wäre, ist im Nachhinein nicht zweifelsfrei zu beurteilen und reine Hypothese.

Jedenfalls bleibt hiervon unabhängig festzuhalten, dass niemand in Verwaltung und Rat sich die Entscheidung leicht macht, den vorhandenen Baumbestand zu entfernen.

Doch! – eine Alternativplanung wird vehement abgelehnt!

Niemand zweifelt an, dass die Bäume ihren ökologischen und klimatischen Wert haben und durchaus einen ortsbildprägenden Charakter haben.

Ausschlaggebend für den Entschluss, in die Umplanung der Ortsdurchfahrt einzutreten, ist das Schadensbild, welches die Bäume im Bereich von Bürgersteig und Radweg und insbesondere auch im Erdreich für die Versorgungsleitungen angerichtet haben und noch anrichten werden. Es gab wiederholt Versuche, durch Pflastersanierung eine einigermaßen vernünftige Verkehrssicherheit herzustellen. Diese

Versuche sind aus Sicht der Verwaltung aber unzureichend und helfen allenfalls temporär.

Bei entsprechender Kronenpflege gefährden die Wurzeln nicht die Leitungsinfrastruktur – Ergebnis der Freispülung. Lindenwurzeln ziehen sich bei Kontakt zurück. Die Kronen müssen regelmäßig zurückgeschnitten werden, damit das Wurzelwerk sich nicht weiter entwickelt. Damit bleibt auch die Pflasterpflege überschaubar.

Im Kern geht es um die Fragestellung: „Was ist wichtiger, Baumerhalt oder Verkehrssicherheit?“

Hier entlarvt sich die Verwaltung! Sie stellt gar nicht die Frage, ob es eine Planung gäbe, die Baumerhalt und Verkehrssicherheit in Einheit löst.

Daher wurden in einem Arbeitsgespräch zwischen Verwaltung, Straßen. NRW und Kreis Coesfeld (Abteilung 70 Umwelt) am 04.08.2021 im Rosendahler Rathaus die rechtlichen Folgewirkungen des Alleenschutzes und die Möglichkeiten zur Aufhebung desselben erörtert. Danach stand für alle Beteiligten fest, dass es für den Fall der Entfernung der Bäume eine Ausgleichsmaßnahme geben wird, die nach Art und **Umfang** der Maßnahme an der B 474 angemessen ist.

Straßen NRW hat in der PBU-Sitzung davon gesprochen, dass man nur den Status der Allee in Absprache mit der Gemeinde ausgleichen will.

Den Status!!! – Unfassbar und nicht hinnehmbar!

Der Bewertung werden sich sicherlich auch Naturschutzverbände anschließen – ihnen bleibt bei einer unbefriedigenden Entscheidung des Kreises ein Verbandsklagerecht.

b) Antrag auf Befreiung vom Alleenschutz

Beim Kreis Coesfeld (Abteilung 70 Umwelt) kann ein Antrag auf Befreiung von der Unterschutzstellung gestellt werden, wenn die zukünftige Entfernung der Bäume sachlich begründet werden kann und gleichzeitig im Sinne einer Kompensation eine Ersatzpflanzung an anderer Stelle in vergleichbarer Alleenstruktur erfolgt. Eine Entscheidung über einen etwaig gestellten Antrag trifft der Kreis Coesfeld erst nach

zuvor durchgeführter Verbändeanhörung und Beratung im Landschaftsbeirat des Kreises Coesfeld.

Nach Information aus dem Kreishaus kann eine Beratung im Landschaftsbeirat frühestens in einer für den Monat Dezember 2021 geplanten, aber noch nicht abschließend terminierten Sitzung des Landschaftsbeirats erfolgen. Daraus folgt, dass die Entscheidung über einen Befreiungsantrag frühestens kurz vor dem Jahresende 2021 erfolgen kann.

Straßen. NRW und die Verwaltung haben sich in Kenntnis der vorgenannten rechtlichen Situation und der Verfahrensabläufe darauf verständigt, dass Straßen. NRW einen entsprechenden Befreiungsantrag stellt. Der Inhalt des Antrags sowie insbesondere die im Antrag beschriebene Ersatzpflanzung im Bereich des Napoleonweges im Streckenabschnitt zwischen der L 571 („Gescheraner Damm“) und der K 41 (Verbindung Höven - Gescher) sind dabei mit der Verwaltung zuvor inhaltlich abgestimmt worden. Der Befreiungsantrag inklusive Anlagen ist dieser Sitzungsvorlage als Anlage IV beigefügt.

Lt. Auskunft des Kreises Coesfeld (Abteilung 70 Umwelt) ist Straßen.NRW als flächenmäßig Hauptbetroffener der Straßenbaumaßnahme (tlw. Rückbau der Straßenbreite, Neuasphaltierung usw.) von dem Alleenschutz der Bäume nachteilig tangiert. Daher hätte Straßen. NRW auch - anders als jetzt geschehen – auch ohne vorherige inhaltliche Abstimmung mit der Verwaltung eigenständig den Befreiungsantrag stellen können.

Behauptung! Eine Naturschutzbehörde ist fachlich nicht in der Lage, straßenbauliche Belange zu bewerten. Abteilung 70 prüft damit auch nicht die Planung von Straßen NRW, ob straßenbaulich alle Möglichkeiten bedacht wurden – die Abteilung kann damit nicht bewerten, in wieweit die Alleebäume die Straßenbaumaßnahme – und nur das betrifft Straßen NRW, nachteilig tangiert.

Diese Situation ist durch den Bürgermeister u.a. in Sitzungen des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 26.08.2021 und des Rates am 02.09.2021 und im Zusammenhang mit Presseanfragen der Lokalredaktion der Allgemeinen Zeitung sowie der Redaktion von Radio Kiepenkerl umfassend kommuniziert worden. Eine mögliche

Baumfällaktion in 2021 ist aufgrund der Zeitschiene schon nicht möglich und ist deshalb auch nicht vorgesehen.

Die von einzelnen Ratsmitgliedern mit großer **Polemik** vorgetragene „Gefahr im Verzug“, die schließlich am 08.09.2021 in einem Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Durchführung einer Sonderratssitzung (Anlage V) **gipfelte**, liegt also de facto überhaupt nicht vor.

Dass ein Dritter **grundsätzlich** für die Aufhebung einer gemeindlichen, geschützten Allee und Fällung gemeindeeigener Allee-Bäume einen Antrag stellen kann, ist ja nicht zu verstehen und zu akzeptieren.

Dass dies mit Zustimmung der Verwaltung möglich ist, ist nachvollziehbar.

Die Gemeinde hatte nach unserer Überzeugung aber keine rechtliche Grundlage für diese Zustimmung, weil die Entscheidung in nichtöffentlich getroffen wurde.

Also wollten wir per Ratsbeschluss die Verwaltung zwingen, die Zustimmung zum Antrag zurückzunehmen. Ob es eine Ratsmehrheit dafür gegeben hätte, ist erst mal nicht relevant.

Die Information zu der Kreisbewertung kam erst nach der Antragstellung!

Das passt zum bisherigen Verlauf des Projektes – scheinbarweise gibt es im Diskurs Informationen.

Natürlich war Gefahr in Verzug! – noch vor der eigentlichen Beratung im PBU-Ausschuss und Rat wurden Fakten geschaffen.

Es ist die bekannte Politik des Bürgermeisters dann von gipfelte und Polemik zu sprechen – so viel zu seiner Sachlichkeit!

Selbst wenn ein Ratsbeschluss im Sinne des vg. Antrags gefasst werden sollte, würde sich aufgrund der von Rosendahl unabhängig bestehenden alleinigen Antragsbefugnis von Straßen.NRW hieraus keine rechtliche Konsequenz ergeben. Faktisch kann die Gemeinde Rosendahl den Landesbetrieb nämlich nicht zwingen, den gestellten Antrag zurückzunehmen. Nachdem der Bürgermeister den Fraktionsvorsitzenden Winfried Weber am 09.09.2021 über diese

Zusammenhänge informiert hat, wurde der Antrag auf Durchführung einer Sonderratssitzung noch am selben Tag zurückgezogen.

c) Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2021

Der von der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen **vollmundig** angekündigte Antrag auf Erstellung eines Gutachtens für die zu fällenden Bäume im Fuß- und Radweg entlang der B 474 Ortsdurchfahrt Holtwick sowie der Ausschreibung oder Beauftragung eines Fachbüros für die Erstellung einer alternativen Planung, die als Kern unter anderem den Erhalt der Bäume vorgibt, wurde erst mit Schreiben vom 26.08.2021 gestellt. Das Schreiben wurde dem Bürgermeister erst am selben Tag am Rande der Planungs-, Bau- und Umweltausschusssitzung übergeben. Das Schreiben ist als Anlage VI beigefügt.

Grundsätzlich ist der Antrag zu spät eingereicht worden, um für die Tagesordnung der Ratssitzung am 02.09.2021 berücksichtigt zu werden.

Stimmt! – wir haben auch nicht gefordert, dass es am 02.09. auf die Tagesordnung kommt. Ein Zeitverzug war/ist für uns kein Problem!

Es war ganz alleine die Entscheidung des Bürgermeisters den Antrag noch vor der Sitzung zu verteilen und die Frage zu stellen, ob die Tagesordnung erweitert wird – wir haben dann den Antrag dazu gestellt. Das Zeitthema ist nur für den Bürgermeister ein Problem, was er ja auch eingesteht..

Der Bürgermeister hat sich durch aktive Vorsprache gleichwohl dafür eingesetzt, aufgrund von Eilbedürftigkeit (es sollte kein zeitlicher Verzug eintreten) die Tagesordnung im Rat am 02.09.2021 zu erweitern. Der Rat ist seinem Vorschlag in der hierfür erforderlichen Entscheidung mit deutlicher Mehrheit gefolgt und hat den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2021 an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zur weiteren Beratung verwiesen. Nur deshalb steht er auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Inhaltlich wird zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2021 wie folgt Stellung genommen:

1. Es wird nicht für erforderlich gehalten, ein zusätzliches Gutachten zur Bewertung der zu fällenden Bäume im Fuß- und Radwegbereich entlang der B 474 Ortsdurchfahrt Holtwick nach

der sog. Koch-Methode zu erstellen. Für die Entnahme der Bäume auf dem vorgenannten Streckenabschnitt gibt es neben der Berücksichtigung der Alleenstruktur aus dem Alleenkataster NRW keine Rechtsgrundlage, die eine weitere Betrachtung/ Bilanzierung/ Kompensation erfordert.

Falsch!

Das Umweltministerium sagt auf seiner Seite „Eingriffe in Natur- und Landschaft“ :

Als "Eingriffe" in Natur und Landschaft werden Vorhaben bezeichnet, die den Naturhaushalt und das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können....

Eine geschützte Allee zu vernichten gehört sicherlich dazu! ...Um die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts dauerhaft zu gewährleisten, müssen Eingriffe in dieses komplexe System ausgeglichen werden. Die sogenannte "Eingriffsregelung" regelt diese Kompensation...

...Der Eingriffsverursacher ist verpflichtet, **Art und Umfang** des Eingriffs und die **notwendigen Kompensationsmaßnahmen darzulegen. Bei der Ermittlung und Bewertung helfen standardisierte Bewertungsverfahren....**

Ausgleichen, entschädigen – so lauten Synonyme zu kompensieren. Das Verb, das seit Schaffung der Eingriffsregelung mit dem BNatSchG 1976 eine starke Bedeutung in Naturschutz und Landschaftsplanung besitzt.

Kompensation bedeutet also Schaden entschädigen / ausgleichen § 249BGB

Art und Umfang des Schadensersatzes

(1) Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre.

(2) 1Ist wegen Verletzung einer Person oder wegen Beschädigung einer Sache Schadensersatz zu leisten, so kann der Gläubiger statt der Herstellung den dazu erforderlichen Geldbetrag verlangen. 2 Bei der Beschädigung einer Sache schließt der nach Satz 1 erforderliche Geldbetrag die Umsatzsteuer nur mit ein, wenn und soweit sie tatsächlich angefallen ist.

Ausgleich ohne Wertermittlung der auszugleichenden Bäume und Wertermittlung der geplanten Neupflanzung ist damit unzulässig, weil Ersatzbelange nach §§249 BGB ff. zu regeln sind.

Über §251 BGB wird, wenn die Wiederherstellung nicht möglich ist, wie in unserem Fall, die Möglichkeit eingeräumt, den Schadenersatzanspruch auf **Wertersatz** zu reduzieren.

Der Wertansatz ist damit die unterste Kompensationsstufe!

Ein Wertersatz erfordert die Ermittlung eines Wertes!

Bei der Ermittlung und Bewertung helfen standardisierte

Bewertungsverfahren – so umwelt.nrw – die Koch Methode ist so ein Schadensbewertungsverfahren.

2. Im Rahmen des Befreiungsantrags für die ausgewiesene Allee möchten die Gemeinde Rosendahl und Straßen. NRW eine **umfangreiche** Ersatzalleenpflanzung im Bereich des Napoleonwegs (etwa die **dreifache Anzahl** der an der B 474 zu entfernenden Bäume) als Kompensationsmaßnahme realisieren.

Diese Kompensationsmaßnahme bezeichnet Straßen. NRW selbst als **Status -Ausgleich** – also **keine Kompensation in Art und Umfang!**

Es wäre auch schon ein Beleg für fehlendes Naturschutz - Verständnis, 128 Bäumchen mit max. 18cm Umfang als echte Kompensation für über 40 Bäume Ø 135cm Umfang zu bezeichnen.

Art und Umfang der Kompensationsmaßnahme werden im Zusammenhang mit dem Befreiungsantrag vom Kreis Coesfeld wie auch von den im Verfahren zu beteiligenden Naturschutzverbänden geprüft werden. Eine mathematische Berechnung fiktiver Werte der selbst in Fachkreisen nicht unumstrittenen Koch-Methode wird daher nicht für erforderlich gehalten.

Die Koch-Methode ist seit 35 Jahren die anerkannte Methode.

Fachleute, die das bestreiten, gehören wahrscheinlich in die Gruppe der Verschwörungstheoretiker

Zum anderen fallen natürlich externe Beratungskosten für eine entsprechende Bewertung an.

Für wen? Kompensation wird doch von Straßen NRW übernommen!

Sollte sich bei der fiktiven Berechnung ein weiterer Ausgleich von Biotopwertpunkten ergeben und der Rat sich für diesen „freiwilligen zusätzlichen“ Ausgleich (er ist rechtlich nicht vorgeschrieben) aussprechen, würden sowohl die Beratungskosten als auch die Kosten für den Ökopunkte-Erwerb die in die Berechnung der von den Anliegern zu zahlenden KAG-Beiträge einfließen müssen. Auch der gemeindliche Kostenanteil steigt hierdurch. Daher sollte auf die Beauftragung von Berechnungen nach der Koch-Methode an einen externen Gutachter verzichtet werden.

Wenn Straßen NRW nach eigener Aussage die Kompensation übernimmt, fallen für uns keine Kosten an. Auf eine Wertermittlung kann in der Kompensation nicht verzichtet werden.

Die Anlieger haben bis heute keine Aufstellung, welche Kosten bei diesem Projekt theoretisch überhaupt nach KAG belastet werden können. Der Alleeschutz wurde in der Beispielrechnung nicht berücksichtigt. Es ist eine erneute Anliegerversammlung notwendig!

Selbst wenn hier theoretisch Kompensationskosten in der KAG anrechenbar wären, kann der RAT es anders beschließen, weil hier ein absoluter Ausnahmefall vorliegt, die Anlieger nicht für etwas „haftbar“ gemacht werden können, was sie gar nicht wollten bzw. was sie nicht beeinflussen konnten.

Wir müssen lernen, dass Natur einen Wert hat!

3. Die Vorgehensweise des Landesbetriebs Straßen. NRW bei der Ermittlung von Planungsvarianten ist insgesamt schlüssig. In nachvollziehbarer Form sind die Gründe für die Variante I, die folgerichtig Gegenstand des Ratsbeschlusses vom 29.04.2021 geworden ist, aufgezeigt worden. Auf das Schreiben von Straßen. NRW zum Befreiungsantrag vom 01.09.2021 wird inhaltlich verwiesen. Die Breiten gem. Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen – Ausgabe 2006 (RAST06) zeigen deutlich den Handlungsrahmen auf, innerhalb dessen Straßen.NRW sich bewegen muss. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Fahrbahn der B 474 in aktuell breiteren Streckenabschnitten auf 6,50 Meter zurückgebaut werden soll, steht kein ausreichender Platz für den Erhalt der Bäume zur Verfügung.

Straßen NRW spricht zwischenzeitlich auch von 14m Gesamtbreite – in der angeblich schlüssigen Präsentation ergeben sich nur 13m. Durch den nachvollziehbaren Verzicht der Pflanzung gegenüber der Tankstelle wurde plötzlich noch ein Standort für einen Baum gefunden. Was ist noch drin, wenn man richtig prüft?

In der RASt werden 12 typische Entwurfssituationen mit ihren Querschnitten behandelt – Straßen.NRW hat uns nur 4 vorgestellt. Die Gemeinde hat keinen Katasterauszug vorgelegt, aus der die tatsächlich in Gemeindebesitz befindlichen Flächen/Breiten entlang der Straße ersichtlich wären.

Die konkreten Planungsalternativen von Bernd Thies wurden nicht gespiegelt und bewertet – insbesondere der Vorschlag für den einseitigen Erhalt der Bäume. Welche Anregungen in der Bürgerversammlung dokumentiert wurden, war nicht Gegenstand der Beratung – warum? Warum darf der Rat nicht beschließen, was davon ggf. umzusetzen ist? Die Vorlage spricht von soweit möglich – wer entscheidet das?

Bei einer Verkehrslast bis 10.000 Fahrzeuge ist auch eine 6m Fahrbahnbreite möglich – eine Autobahn Umfahrung lässt sich auch über Gescher einrichten- vielleicht sogar besser.

Die Einwendungen der Bürgerinitiative wurden ignoriert.

Da eine Straßen NRW Planung nicht geprüft wird, kann nur eine Alternativplanung klären, ob sie wirklich richtig ist.

Etwaige Hinweise aus einem Leserbrief in der AZ vom 08.09.2021, der Rosendahler Bürgermeister möge sich ein Beispiel an der Gestaltung des Radweges entlang der B 474 in Legden nehmen (hier sind die Bäume erhalten geblieben), gehen am Thema vorbei. Wie den als Anlage VII beigefügten Fotos zu entnehmen ist, ist die dortige Situation nicht mit der Situation in Holtwick zu vergleichen. In Legden stehen die Bäume außerhalb des modifizierten Bürgersteigs/Radweges. In Holtwick stehen sie mitten drauf. Weiterhin ist das vorhandene Platzangebot – insbesondere im Begleitgrün - entlang der B 474 in Legden deutlich größer als in Holtwick.

Die Gemeinde Legden und damit auch Straßen. NRW haben aber Einengungen unter den Richtlinien-Vorgaben an Baumstandorten umgesetzt, um die Bäume zu erhalten!

3. Die Frage der zukünftigen Leitungsstruktur für Ver- und Entsorgung ist bereits in einem ersten Auftaktgespräch mit den Energieversorgern thematisiert worden. Weitere Gespräche sind geplant. Es ist vorgesehen, im Zuge der Maßnahme voraussichtlich auch die Wasserleitung im Bereich des gesamten in Rede Streckenabschnitts zu erneuern. Die Versorger sind in diesem Zusammenhang natürlich auch selbst daran interessiert, ihr jeweiliges Versorgungsnetz für eine sich zukünftig verändernde Nachfragesituation rechtzeitig anzupassen und ggf. neu zu gestalten.

Welche Infrastrukturmaßnahmen in Leitungssystemen können ggf. im Rahmen von KAG den Anliegern belastet werden.

Nach Abwägung aller zuvor aufgeführten Informationen bitte ich daher den Rat, entsprechend Punkt 1 bis 5 des Beschlussvorschlags dieser Sitzungsvorlage zu entscheiden.

Im Auftrage:

Wübbelt Brodkorb Gottheil

Produktverantwortlicher Fachbereichsleiterin Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage I - Vortrag Straßen.NRW auf der Anliegerversammlung
30.06.2021

Anlage II - Vortrag Gemeinde Rosendahl auf der Anliegerversammlung
30.06.2021

Anlage III - Auszug aus LINFOS Allee AL-COE-0080

Anlage IV - Antrag Straßen.NRW vom 01.09.2021 auf Umgestaltung
Ortsdurchfahrt B 474

Anlage IV.1 - Übersichtsplan zum Antrag Straßen.NRW 01.09.2021

Anlage IV.2 - Auszug aus LINFOS NRW Alleenkataster zum Antrag
Straßen.NRW

01.09.2021

Anlage IV.3 - Variantenvergleich zum Antrag Straßen.NRW 01.09.2021

Anlage IV.4 - Technische Planunterlagen zum Antrag Straßen NRW
01.09.2021

Anlage IV.5 - Verlust und Neuanlage Baumbestände zum Antrag
Straßen.NRW

01.09.2021

Anlage IV.6 - Maßnahmenplan Neuanlage Baumallee zum Antrag
Straßen.NRW

01.09.2021

Anlage V - Antrag vom 08.09.2021 Bündnis 90 Die Grünen auf
Sondersitzung

Anlage VI - Antrag Bündnis 90 Die Grünen vom 26.08.2021

Anlage VII - Fotos Ortsdurchfahrt B 474 in Legden